



**Gäste:**

Frau Mechthild Stock bis 18:30 Uhr - TOP 4

**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Michael Kramer	bis 20:37 Uhr - TOP 29
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Herr Volkmar Löckemann	bis 18:30 Uhr - TOP 4
Herr Günter Strauch	bis 20:30 Uhr - TOP 25
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, entschuldigt Herrn Ortel aufgrund einer Erkrankung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung am 29. November 2011**

I 0:02:52

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29. November 2011 gefassten Beschlüsse**

I 0:03:05

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

**3. Informationen**

**3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine**

I 0:03:31

Herr Lütke-meier gibt bekannt, dass mit heutigem Stand ein Liquiditätskredit in Höhe von rund 9,9 Mio. € in Anspruch genommen werde.

**3.2. Verkauf der Berufskollegs - Antrag der SPD-Fraktion**

I 0:04:08

Frau Dr. Kordfelder informiert über den beigefügten Antrag der SPD-Fraktion:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

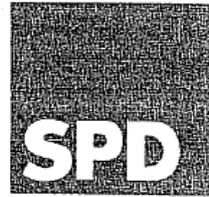
Stadt Rheine

Die Bürgermeisterin

Klosterstraße 14

48431 Rheine

VV	EM	I	II	K
Stadt Rheine				
19. JAN. 2012				
BM				
4	7			



**Anschrift:**  
Bürgerstr. 5  
48432 Rheine

17.01.2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,  
die SPD Fraktion im Rat der Stadt Rheine stellt auf diesem Weg folgenden Antrag. Bitte prüfen Sie, ob der Antrag zur öffentlichen Beratung oder zur nicht öffentlichen Beratung auf die Tagesordnung zu setzen ist.

**Antrag:**

Der HFA beauftragt die Verwaltung mit dem Landkreis Steinfurt Verhandlungen über den Verkauf der Immobilien der zwei Berufskollegs zu führen. Das Verhandlungsergebnis ist mit einem Vorschlag zur Mittelverwendung dem Rat der Stadt Rheine bzw. dem HFA zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

**Begründung:**

Eine Rückübertragung der Trägerschaft für die Berufskollegs vom Kreis Steinfurt zur Stadt Rheine ist nicht realistisch.

Anfallende Instandhaltungskosten würden nicht mehr durch die Stadt Rheine als Gebäudeeigentümer zu tragen sein.

Mit dem Verkauf der Grundstücke und Gebäude entsteht eine größere Standortgarantie, da der Kreis Steinfurt bei Verlagerung der Standorte in eine andere Kommune die Immobilien nur schwer vermarkten könnte.

Erzielte Erlöse sind zur Reduzierung von Kassenkrediten oder für den Kauf neuer Grundstücke oder anderer Investitionen dringend erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Roscher  
Fraktionsvorsitzender

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass zu dieser Sitzung keine Vorlage zu diesem Antrag erstellt werden konnte, da der Antrag, nachdem die Tagesordnung bereits aufgestellt war, eingegangen sei. In der Fraktionsvorsitzendenbesprechung sei signalisiert worden, dass alle Fraktionen einverstanden seien, dass die Verwaltung die Verhandlungen mit dem Kreis Steinfurt aufnehme.

Herr Bonk bestätigt, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Kreis aufnehmen soll, um Verkaufsverhandlungen zu führen.

Herr Holtel ergänzt, dass es sinnvoll sei, sich mit dem Verkauf der Berufskollegs zu beschäftigen.

Herr Reiske befürwortet den Verkauf der Schulen. Die Mittel sollen zur Konsolidierung des Haushaltes genutzt werden.

Herr Bonk entgegnet, dass das erst der zweite Schritt sei. Zunächst sei lediglich das Signal gegeben, Verkaufsverhandlungen zu führen. Darüber, was letztendlich mit dem Geld passiere, müsse noch gesprochen werden.

Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass die Verwaltung den Auftrag entgegennehme, mit dem Kreis Verhandlungen zu führen. Es sei daher entbehrlich, den Antrag in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

#### **4. Nachhaltige Finanzierung der Pensionsverpflichtungen der Stadt Rheine** **Vorlage: 083/12**

I 0:08:27

Frau Stock informiert anhand der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über alternative Strategien für eine nachhaltige Finanzierung der Pensionsverpflichtungen der Stadt Rheine.

Herr Bonk erläutert, dass er von den Darstellungen überzeugt sei. Es gebe jedoch noch einige Fragen:

- 1) Gebe es Vergleiche mit anderen Kommunen, die bereits nach diesem Prinzip arbeiten?
- 2) Bei Versicherungen bestehe die Gefahr, dass sie abgewertet werden oder Konkurs anmelden. Wie hoch sei das Risiko?
- 3) Wenn Beiträge und Aktivwert nicht kongruent seien, belaste es den Ergebnishaushalt. Wie hoch sei das Risiko, dass es keine Kongruenz zwischen Beiträgen und Aktivwert gebe?
- 4) In der Anfangsphase werde der Ergebnishaushalt stärker belastet, als es bei der Zahlung in die Versorgungskasse sei. Sei das aufgrund der Haushaltslage verkraftbar?

Frau Stock informiert, dass durch das Kommunalbüro derzeit etwa 30 bis 40 Kreise, Kommunen und Anstalten des öffentlichen Rechts beraten werden. Bei der Pilotkommune, Monheim am Rhein, die sogar Nothaushaltskommune sei, seien alle Beamten über eine Rückdeckungsversicherung rückversichert worden. Dies sei auch landesweit in der Presse veröffentlicht worden. Vor Einführung des

NKF habe es keine Veranlassung gegeben, sich mit dem Thema zu beschäftigen, daher sei das Thema neu. Frau Stock informiert weiter, dass es in der Bundesrepublik Deutschland das Versicherungsaufsichtsgesetz und das Versicherungsvertragsgesetz gebe. Hier bestehe die Pflicht für den Versicherer, der eine Konzession zum Betrieb einer Lebens- und Rentenversicherung haben möchte, sich dem Protektor Deutscher Lebensversicherungen anzuschließen. Weiterhin müssen alle Versicherer in Deutschland einen Stresstest bestehen, der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht durchgeführt werde. Zusätzlich gebe es das Rating der Versicherungsunternehmen. Etwa 10 Versicherungsunternehmen in Deutschland entsprechen den Voraussetzungen, die vom Kommunalbüro gefordert werden. Frau Stock merkt an, dass bei Todesfallleistungen nach Pensionseintritt das vorhandene Gesamtkapital an den Versicherungsnehmer, die Stadt, abzüglich der bis dahin ausgezahlten Pension zurückgezahlt werde. Frau Stock informiert, dass mit zunehmendem Alter ein Überschuss entstehe. Es werde keine Belastungen im Ergebnishaushalt geben. Insofern sei der Haushaltsausgleich dadurch nicht gefährdet.

Herr Lütkemeier macht deutlich, dass, wenn in den entsprechenden Jahren keine ausreichende Liquidität zur Verfügung stehe, zusätzliche Zinsaufwendungen für die Aufnahme von Krediten für die Liquiditätssicherung entstehen werden. Die Liquiditätssituation werde dadurch eindeutig verschlechtert. Aber es habe nur marginale Auswirkungen auf den Ergebnisplan.

Herr Roscher merkt an, dass deutlich werde, dass Handlungsbedarf bestehe. Versicherungen wollen auch Gewinn machen. Es gebe auch Geschäfte, die sehr risikoreich seien. Fraglich sei, ob man den Versicherungen im Rahmen eines Vertrages auch Beschränkungen auferlegen könne.

Frau Stock informiert, dass bei dem Modell, welches mit den Pilotkommunen erarbeitet worden sei, die Gewinnmargen für den Versicherer sehr klein seien. Für einen Versicherer sei dieser Bereich allerdings sehr interessant, weil der Versicherungsnehmer sehr dauerhaft ohne Schwankungen Vertragspartner sei. Außerdem gebe es für den Versicherer ein Kontingent, mit dem er planen könne. Aufgrund der hohen Diversifizierung der Versicherungsunternehmen gebe es hier auch für den Versicherer die Möglichkeit, seine Geldanlagen sehr breit gestreut zu tätigen. Es gebe aber eine sehr strenge Vorschrift im Bezug auf Lebens- und Rentenversicherungen. Der § 54 Versicherungsaufsichtsgesetz schreibt ganz genau die Anteile vor, wie die Versicherer ihre Geldanlagen anlegen können. Es gebe eine Beschränkung auf risikoreiche Aktienpapiere von 35 %.

Herr Niehues entgegnet, dass Beamte für die Kommunen eine sehr teure Investition seien. Darüber gebe es genügend Stellungnahmen. Die Verbeamtung vieler Arbeitsgruppen sei ein großes Problem für die Gesellschaft. Es sei fraglich, warum die kleinen Kommunen mit der Problemlösung anfangen. Die Probleme seien für Bund und Länder möglicherweise noch größer. Fraglich sei außerdem, ob diese Einzelfalllösung für Rheine auf Dauer der richtige Weg sei und was der Städte- und Gemeindebund zu diesen Lösungen sage. Wie lange binde sich die Stadt Rheine an dieses System, und könne man umschalten, wenn es eventuell bessere Lösungsmöglichkeiten gebe?.

Herr Wilp fragt an, wie die Situation aussehe, wenn ein Beamter vorzeitig in Pension gehe.

Frau Stock erläutert, dass ein Versicherungsvertrag oder ein Fond langfristig ausgelegt sei. Das bedeute aber nicht, dass man auf ewig daran gebunden sei. Jede Versicherung könne jeder Zeit zurückgekauft werden. Wenn eine Gesamtkündigung ausgesprochen werde, würde der Versicherer seine Verwaltungskosten und die Vorfälligkeitsgebühren geltend machen. Es sei sogar möglich, einen Versicherungsvertrag zu beleihen. Frau Stock informiert, dass, wenn beispielsweise die Pensionsniveaus aufgrund einer Gesetzesänderung abgesenkt werden würden, diese auch berücksichtigt werden müssten. In der Ausschreibung werde angegeben, dass alle Veränderungen aufgrund gesetzlicher Anforderungen oder aufgrund von Veränderungen in der Person des Betroffenen berücksichtigungsfähig sein müssen.

Frau Stock macht deutlich, dass der Städte- und Gemeindebund die Studie aktiv begleitet habe. Pensionsrückstellungen seien eine Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung. Frau Stock hält fest, dass die, die als erste ihre Probleme erkennen, Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen. Kommunen haben immer das eigene Schicksal in die Hand genommen und gehen mit gutem Beispiel voran.

Frau Stock informiert, dass das Büro für Kommunalberatung mit einem vereidigten sachverständigen Finanzmathematiker zusammenarbeite. Es werde schnell behauptet, dass Beamte teurer seien als Angestellte. Frau Stock vergleicht daraufhin mithilfe einer beispielhaften Berechnung (Anlage 2 der Niederschrift) in Form einer Excel-Tabelle die Kosten eines Beamten und die Kosten eines tariflich Beschäftigten.

Als Beispiel wurde ein junger Mann, der mit 22 Jahren mit A 9 seinen Dienst beginnt, gewählt. Der Mann heiratet im Alter von 30 Jahren und bekommt mit 33 das erste Kind und mit 36 das zweite Kind. Entsprechend ändern sich bei dem Mann die Steuerklassen. Im Beispielfall wird der junge Mann während seiner Laufbahn 6 Wochen krank. Er beendet seine Berufstätigkeit im gehobenen Dienst in der Besoldungsgruppe A 13 in der letzten Dienstaltersstufe. Die Beihilfe sei ebenfalls jedes Jahr während der aktiven Dienstzeit in der Berechnung enthalten. Die Gesamtkosten für den Arbeitgeber belaufen sich dann auf 5,2 Mio. €. Hinzu kommen dann die Rentenbarwerte in Höhe von 668.000,00 € für die Zeit nach Eintritt in die Pension und der Beihilfebarwert für die Pensionszeit. Dieser sei auf Basis von Kopfpauschalen zu berechnen. Insgesamt ergebe sich dann ein Endwert von Kosten für den Arbeitgeber in Höhe von 5,9 Mio. €. Aus Arbeitnehmersicht ergebe sich ein Gesamtwert von 4,5 Mio. €. Der Arbeitnehmer müsse warten, wenn er befördert werde, bis er die entsprechende Besoldung erhalte. Er habe eine Wartezeit von mindestens einem Jahr. Einem Angestellten werden sofort die Bezüge zugewiesen, die diese Stelle beinhalte.

Bei dem Angestellten mit gleicher Biografie, ebenfalls mit den unterschiedlichen Steuerklassen, habe man die vermögenswirksame Leistungen und die Jahressonderzahlungen, die deutlich höher seien als beim Beamten, einkalkuliert. Als Arbeitgeberaufwand einschließlich der gesamten Abgaben die für Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, ZVK-Umlage und Sanierungsgeld zu zahlen seien, ergebe sich ein Endwert von 7,08 Mio. €. Letztendlich also über 1 Mio. € höhere Kosten. Aus Arbeitnehmersicht ergebe sich ein Gesamtwert von 4,1 Mio. €.

Hinweisen müsse man aber an dieser Stelle darauf, dass man in diesem Beispielfall nur mit einem Störfall von 6 Wochen gerechnet habe. Ein Unterschied ergebe sich, wenn ein Beamter länger als 6 Wochen krank sei. Dann bekomme er eine laufende Lohnfortzahlung, bis die Dienstunfähigkeit festgestellt werde. Bei einem tariflich Beschäftigten sei die Lohnfortzahlung nach 6 Wochen beendet. Aber

auch diese Tatsache würde voraussichtlich die 1 Mio. € Unterschied kaum vollständig verzehren. Fazit sei folglich, dass bei einem typischen Verlauf unter Berücksichtigung der Sonderfaktoren die Kosten für Beamten und tariflich Beschäftigte fast identisch seien.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Fraktionsvorsitzenden zur Auswahl und Bewertung der Kriterien für die Ausschreibung einzubeziehen. Die Ausschreibung würde dann durchgeführt und die Vergabe würde anschließend dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, dass

1. zur Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung zukünftiger Pensionslasten für die aktiven Beamtinnen und Beamten der Stadt Rheine ab Jahrgang 1957 und alle später geborenen sowie für sämtliche nachrückenden Beamtinnen und Beamten (Neueintritte) die hierfür notwendigen Finanzmittel beginnend mit dem 1. Januar 2012 in einer Renten-/ Lebensversicherung angelegt werden.
2. der bisher zu diesem Zweck aufgelegte Versorgungsfonds nicht weiter aufgefüllt wird und zur Abdeckung auftretender Spitzen bei Versorgungsaufwendungen für Beamtinnen und Beamte älterer Jahrgänge erhalten bleibt. Künftige Erträge sollen bis auf weiteres thesauriert werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die Bürgermeisterin zu beauftragen, entsprechend der vergaberechtlichen Vorschriften eine europaweite Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin  
Vorlage: 031/12**

I 1:28:42

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über das Beschwerdemanagement aus dem unmittelbaren Bereich der Bürgermeisterin für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

**6. Haushaltskonsolidierung 2012: Bürgeranregungen an den Fachbereich 3 -Recht und Ordnung  
Vorlage: 076/12**

I 1:30:10

Herr Bonk hält fest, dass die CDU-Fraktion für die Vielzahl der Bürgeranregungen dankbar sei. Er schlägt vor, alle Anregungen zu sammeln und in der Strategie- und Finanzkommission darüber zu beraten. Die Strategie- und Finanzkommission soll die Ergebnisse anschließend dem Haupt- und Finanzausschuss vorlegen, der dann darüber entscheidet.

Herr Roscher ergänzt, dass dann auch die Einsparvorschläge aus den anderen Fachausschüssen zusammengefasst werden müssten. Es müsste eine Komplettiliste für die Strategie- und Finanzkommission erstellt werden.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass die nächste Strategie- und Finanzkommission in 14 Tagen stattfindet. Bis zu dieser Sitzung werden die Bürgeranregungen aufgearbeitet.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Strategie- und Finanzkommission, die Bürgeranregungen thematisch aufzubereiten und ihm die Ergebnisse zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Haushaltskonsolidierung 2012: Bürgeranregungen an den Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement  
Vorlage: 070/12**

I 1:30:15

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Strategie- und Finanzkommission, die Bürgeranregungen thematisch aufzubereiten und ihm die Ergebnisse zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Haushaltskonsolidierung 2012: Bürgeranregungen an den Fachbereich 7**  
**Vorlage: 065/12**

I 1:30:25

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Strategie- und Finanzkommission, die Bürgeranregungen thematisch aufzubereiten und ihm die Ergebnisse zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Haushaltskonsolidierung 2012: Bürgeranregungen an den Sonderbereich 0**  
**Vorlage: 077/12**

I 1:30:35

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Strategie- und Finanzkommission, die Bürgeranregungen thematisch aufzubereiten und ihm die Ergebnisse zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung der Stadt Rheine 2008 bis 2015**  
**- 3. Umsetzungsbericht für das Jahr 2011**  
**- Einstellung von Auszubildenden im Jahre 2013**  
**Vorlage: 027/12**

I 1:34:18

Herr Niehues teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit dem Vorschlag der Verwaltung zur Einstellung von Auszubildenden einverstanden sei. Herr Niehues hält fest, dass in diesem Jahr 0,72 zusätzliche Stellen entgegen der bisherigen Beschlusslage mit eingerechnet werden müssen. Das seien 0,5 Stellen im Fachbereich 4 und 0,22 Stellen im Fachbereich 5. Diesem möchte die CDU-Fraktion auch zustimmen. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, bis zur 2. Lesung des Stellenplanes im Haupt- und Finanzausschuss deutlich zu machen, ob es sich dabei um die letzten Korrekturen handele oder ob es noch weitere versteckte Korrekturen in anderen Fachbereichen für die nächsten Jahre gebe.

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion mit der Liste und den Informationen zum Thema Stelleneinsparungen von 2008 bis 2012 nicht einverstanden sei, weil die einzelnen Positionen nicht schlüssig seien.

Beispiel hierfür sei die Stelle der Sachbearbeiterin im Zusammenhang mit der Neuwahl eines Personalratsvorsitzenden. Es sei nicht erkennbar, wo diese Stelle

eingespart worden sei. Es gebe weitere Unklarheiten bei der Position des Presseferenten. Es sei gesagt worden, dass der Pressereferent erst im April 2012 ausscheide. Insofern könne die Einsparung für den Zeitraum bis einschließlich 2011 nicht akzeptiert werden. In der Wohnbauförderung gehe ein Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand, aber gleichzeitig gebe es in diesem Arbeitsbereich eine Aufstockung um 0,5. Das Einsparungspotential sei daher nicht 1,0 sondern 0,5 zu werten.

Herr Niehues merkt an, dass die Stelleneinsparungen der Stellen der Sachbearbeiterin im Textverarbeitungssekretariat, des Sachbearbeiters der SGB XII-Leistungsgewährung und der Sachbearbeiterin der Bauordnung alle vertretbar seien, weil sie in 2011 vollzogen wurden. Die Einsparung der Stelle der Sachbearbeiterin im Zusammenhang mit dem Ausscheiden der Archivangestellten sei nicht nachvollziehbar. Wenn diese Stelle wieder neu oder umbesetzt werde, könne man an dieser Stelle nicht von einer Einsparung der Stelle ausgehen. Herr Niehues bittet diese Anmerkungen zu überprüfen, und ggf. zu korrigieren. Herr Niehues hält fest, dass man aus den Vorgesprächen mit der Verwaltung entnommen habe, dass es im Planungsbereich einen Bauzeichner gebe, der ausgeschieden sei. Dort sei die Frage, ob diese Stelle wieder besetzt werden soll, noch offen. Diese Stelle könne mit in die Aufstellung genommen werden.

Herr Hermeling erläutert, dass es sich bei der Kategorie „ab 2012“ um Stellen handele, bei denen die Entscheidung in 2011 getroffen worden sei. Die Stelleneinsparung werde zum Teil aber erst 2012 realisiert, weil die Mitarbeiter dann ausscheiden bzw. die Kw-Vermerke dann realisiert werden. In der Aufstellung sei insofern eine Trennung vorgenommen worden. Im Endergebnis sei diese Trennung nicht entscheidend, da die 18 Stellen insgesamt über den gesamten Zeitraum eingespart würden.

Herr Hermeling erklärt, dass man sich vorgenommen habe, anlässlich des Ausscheidens des Personalratsvorsitzenden eine Stelle einzusparen. Durch das Ausscheiden werde eine A-12-Stelle eingespart. Der Nachfolger werde nach A 10 bezahlt, und die Stelle, die der Nachfolger freimache, werde nur zur Hälfte wiederbesetzt. Diese Stelle, die zur Hälfte wieder besetzt werde, werde eine weitere Stelle freimachen. Man bemühe sich dann, diese halbe Stelle verwaltungsweit einzusparen. Im Laufe der nächsten Monate werde dann eine A-12-Stelle eingespart. Es gebe einen erheblichen Einspareffekt dadurch, dass die teuren Stellen wegfallen.

Im Bereich des Pressereferates sei definitiv eine Stelle weggefallen. Bei der Sachbearbeitung der Wohnbauförderung hätte man eine A-12-Stelle eingespart, wenn kein Rechtsanspruch dagegen gestanden hätte.

Durch das Ausscheiden der Archivangestellten spare man ebenfalls Personalkosten. Die Stelle soll mit einer Person aus der Verwaltung wiederbesetzt werden. Die Stelle der Person werde dann nicht wiederbesetzt. In der Anlage 2 der Vorlage sei daher bewusst auch nicht gesagt worden, dass man eine Stelle im Archiv einspare, sondern eine Stelle im Zusammenhang mit dem Archiv. Hier werde man definitiv eine Stelle einsparen, um das Ziel, 18 Stellen bis 2015 einzusparen, zu erreichen.

Herr Hermeling bezieht sich auf die Stelle des Bauzeichners. Im Bereich des Fachbereiches 5 sei eine Organisationsuntersuchung durchgeführt worden. Nach dem derzeitigen Personalbestand müsse die Stelle mit großer Wahrscheinlichkeit wieder besetzt werden. Aufgrund der Personal- und Aufgabenstruktur werde man diesen Bauzeichner ersetzen müssen.

Herr Niehues ergänzt, dass es eine Hausmeisterstelle gebe, die man mit einem Stellenanteil von 0,78 einsparen werde.

Herr Hermeling informiert, dass von den tariflich Beschäftigten die Angestelltenstellen nachgewiesen wurden. Bei der Hausmeisterstelle handele es sich um eine Arbeiterstelle.

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Vorschlagssystem zustimmen könne. Die Verwaltung sei sehr schlank aufgestellt, aber gleichwohl sehr effektiv und effizient.

Herr Holtel merkt an, das erkennbar sei, dass die Verwaltung das Notwendige getan habe, um Stellen einzusparen. Es seien nicht nur Stellen des mittleren Dienstes, sondern auch Stellen des gehobenen Dienstes eingespart worden.

**Beschluss:**

1. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 3. Umsetzungsbericht zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 bis 2015 zur Kenntnis.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt folgendem Vorschlag der Verwaltung zur Einstellung von Auszubildenden/Anwärter(innen) im Jahre 2013 zu:
  - 4 Anwärter(innen) Bachelor of Laws
  - 1 Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (Stadtbibliothek)
  - 1 Fachinformatiker(in)
  - 2 Brandmeister(in)-anwärter(in)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Beratung Stellenplan 2012; Fachbereich 3 -Recht und Ordnung  
Vorlage: 025/12**

I 1:50:05

Herr Bonk bittet um eine Korrektur in der Gruppe 34 – Bürgerservice. Es wird dort gesagt, dass es keine Veränderungen zum letzten Jahr gebe. Es müsse daher im Haushaltsplan 17,55 anstatt 18,55 Stellen heißen.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Beratung Stellenplan 2012, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement  
Vorlage: 068/12**

I 1:51:30

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Stellenplan 2012, Fachbereich 7 - Interner Service  
Vorlage: 078/12**

I 1:51:50

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Stellenplan 2012, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung  
Vorlage: 079/12**

I 1:52:11

Herr Niehues bemängelt, dass die Stellenreduzierung im Bereich des Pressereferates noch nicht umgesetzt werden könne, da die Person noch bis zum 1. April 2012 da sei. Die Reduzierung könne sich erst auf den Stellenplan 2013 auswirken.

Die persönliche Referentin der Bürgermeisterin sei mit einem Stellenanteil von 0,5 ausgewiesen. Das sei nachvollziehbar. Allerdings habe man es hier mit einer Vollzeitstelle zu tun. Er fragt an, wo sich der andere Stellenanteil von 0,5 befinde.

Herr Hermeling erläutert, wenn der Beschluss mit der Stelleneinsparung der Stelle des Pressereferenten nicht gefasst worden wäre, hätte es von der Verwaltung an einer anderen Stelle einen Vorschlag zur Einsparung einer halben Stelle gegeben. Die zweite Hälfte habe man im Fachbereich 7 kompensiert. Durch Technikeinsatz habe man eine halbe Stelle eingespart, die nicht wieder besetzt werde. Insgesamt habe man der Forderung entsprochen, im Fachbereich 0 bzw. 7 eine ganze Stelle einzusparen.

Herr Niehues macht deutlich, dass die Stelle des Pressesprechers erst ab dem 1. April 2012 eingespart werde. Diese müsse im Stellenplan 2012 noch aufgeführt werden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass es sich lediglich um eine Form der Darstellung handele. Man habe definitiv eine Stelle eingespart. Wichtig sei, dass die 18 Stellen nachweislich eingespart werden würden.

Herr Hermeling stellt klar, dass es eine Spanne von 4 Tagen gebe. Der Haushaltsplan 2012 werde am 27. März d. J. verabschiedet. Herr Weber scheidet am 1. April 2012 aus. Es sei ordnungsgemäß, die Darstellung so zu wählen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **15. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2012- 2015 Fachbereich 3 - Recht und Ordnung - Vorlage: 039/12**

I 2:00:39

Herr Bonk bezieht sich auf Produkt 33, Ziffer 2 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen. Die Differenz zwischen 2011 mit 73.885,00 € und 2012 mit 107.187,00 € sei unklar. Auf die Frage, wodurch diese Differenz entstanden sei, habe man geantwortet, dass diese durch die Auflösung von Sonderposten entstanden sei. Herr Bonk bittet zu erklären, was Sonderposten seien.

Herr Wullkotte erklärt, dass Sonderposten entstehen, wenn zu einem Vermögensgegenstand Beiträge und Zuwendungen geleistet werden. Die Sonderposten werden dann aufgelöst. In den letzten Jahren gebe es das Problem, dass die Investitionsquote sehr gering sei und die allgemeine Investitionspauschale den verschiedensten Anlagegütern zugeordnet werden müsse.

Herr Bonk merkt an, dass Haushaltsmittel für den Grunderwerb für die Feuerwehr rechts der Ems eingestellt worden seien. Er fragt an, aus welchem Grund die Haushaltsmittel für die Baukosten für den Neubau der Rettungswache nicht eingestellt worden seien.

Herr Lütke-meier informiert, dass die Haushaltsmittel für den Neubau dem Fachbereich 5 zugeordnet worden seien. Alle städtischen Gebäude seien dem Fachbereich 5 zugeordnet. Derzeit sei noch nicht klar, wo der Standort „Feuerwehr rechts der Ems“ sein werde. Davon sei auch abhängig, wie die konkrete Ausgestaltungsplanung des Gebäudekörpers aussehe. Es werde dann noch genaue Untersuchungen und Berechnungen geben müssen. Die Kostenbasis sei noch nicht so exakt, dass sie im Haushaltsplan eingesetzt werden könne. Man wisse aber,

dass man voraussichtlich 2013 auf Basis der dann vorliegenden Erkenntnisse Veranschlagungen vornehmen müsse.

Herr Niehues hält fest, dass man versprochen habe, dass die Grundstücksentscheidung bis Dezember 2011 gefallen sein sollte. Es bestehe ein erhebliches Risiko für die Stadt und für die Ratsmitglieder, sollte irgendetwas passieren. Zum jetzigen Zeitpunkt nur Planungskosten zu veranschlagen, sei in Ordnung, wenn man die Zusage bekomme, dass zumindest in der Finanzplanung 2013/2014 die Baukosten enthalten seien.

Herr Reiske stellt den Antrag, im Bereich Safe & Co. insgesamt 110.000,00 € Personalkosten für die Stadtwacht einzusparen. Es sei notwendig und richtig, vor dem Hintergrund der Haushaltssituation diesen Standard abzusenken.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass sie diesem Antrag nicht zustimmen werde, weil die Stadtwacht für die Aufrechterhaltung der subjektiven Sicherheit und Ordnung in der Innenstadt Sorge.

Herr Mollen schlägt vor, den Vorschlag in der Strategie- und Finanzkommission zu diskutieren und sich dort darüber ein Meinungsbild zu verschaffen.

Herr Bonk schließt sich der Aussage von Herrn Mollen an.

Herr Reiske zieht daraufhin seinen Antrag zurück.

Herr Niehues macht deutlich, dass es eine Diskrepanz zwischen dem zentralen Personalstellenansatz des Fachbereiches 3 und dem einzelnen Produkt gebe. Es ergebe sich eine Differenz von 1,0 Stellenanteilen. Im Produkt 34 wurden 2011 18,55 Stellen aufgeführt und 2012 17,55 Stellen. Fraglich sei, welche Aussage gelte.

Herr Kramer erläutert, dass es keine Veränderung gegeben habe. Eine Korrektur sei bereits veranlasst worden.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 3 – Recht und Ordnung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan 2012 – 2015 zu übernehmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	17	Ja-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

**16. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2012 - 2015, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement  
Vorlage: 069/12**

I 2:11:19

Herr Reiske beantragt, die Zuwendungen für die Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH auf 600.000,00 € zu beschränken.

Herr Bonk erläutert, dass der Wirtschaftsplan im Rat bereits beschlossen worden sei.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag von Herrn Reiske abstimmen.

Abstimmungsergebnis:            1            Ja-Stimme  
   17            Nein-Stimmen

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:            17            Ja-Stimmen  
   1            Nein-Stimme

**17. Einwohnerfragestunde**

I 2:13:07

Es folgen keine Wortmeldungen.

**18. Beratung Ergebnis- und Investitionsplans 2012- 2015, Fachbereich 7 - Interner Service  
Vorlage: 061/12**

I 2:13:41

Herr Hermeling erläutert, dass es geringfügige Differenzen im Bereich der nachgewiesenen Stellen gebe. Dieses werde bis zum endgültigen Plan korrigiert werden.

Herr Niehues hält fest, dass unter Produkt 71, Ziffer 7, Einnahmen, die sich für die Kantine und die Parkraumbewirtschaftung der Mitarbeiterparkplätze ergeben, aufgeführt seien. Herr Niehues bittet darum, die beiden Positionen zu trennen. Wenn das nicht möglich sei, sollte unter den Erläuterungen die Ziffer 7 diese Trennung vornehmen, damit erkennbar sei, welche Einnahmen sich für die Kantine ergeben und welche sich für die Parkraumbewirtschaftung ergeben. Die CDU-Fraktion habe starke Bedenken bei den Kosten, die sich für die Kantine ergeben. Die CDU-Fraktion bittet daher die Verwaltung, zu gegebener Zeit eine

Sachdarstellung zur Kostensituation der Kantine abzugeben. Dieses könne aber auch außerhalb der Haushaltsplanberatungen geschehen.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 7 – Interner Service unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Bonk bittet für die Strategie- und Finanzkommission um eine Aufstellung der Kosten, die für die Grünflächenunterhaltung durch die Technischen Betriebe entstehen.

Herr Kuhlmann erläutert, dass in der nächsten Bauausschusssitzung eine Diskussion zu dem Thema geführt werden soll.

**19. Beratung Ergebnis- und Investitionsplans 2012- 2015, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung  
Vorlage: 060/12**

I 2:17:09

Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 01, Ziffer 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Dort seien 4.000,00 € für Ausflüge für die Ausschüsse eingestellt. Diese Kosten sollen von den Fachbereichsbudgets des jeweiligen Ausschusses getragen werden. Die 4.000,00 € sollen daher gestrichen werden. Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 01, Ziffer 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Herr Bonk erläutert, dass es zu einzelnen Punkten in der Position noch Beratungsbedarf gebe. Die CDU-Fraktion bittet darum, die Übernahme dieser Position in den endgültigen Ergebnisplan noch einmal zu vertagen.

Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 02, Ziffer 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Für die Gutachter- und Beratungskosten des IEHK seien 56.000,00 € veranschlagt worden. Zunächst sei man davon ausgegangen, die Summe in diesem Jahr einzusparen und in das nächste Jahr zu verschieben. In der Fraktionsvorsitzendenbesprechung sei man zu dem Schluss gekommen, den Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der Wirtschaftskraft in Rheine, der in der Sitzung vom 29. November 2011 eingebracht wurde, mit in das Konzept einfließen zu lassen. Die CDU-Fraktion bittet die Verwaltung, diese Summe mit einem Sperrvermerk zu versehen, sodass im Haupt- und Finanzausschuss entschieden werde, inwieweit das Geld ausgegeben werde.

Herr Bonk bezieht sich auf die Produktgruppe 02, Ziffer 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Ziffer 16 sonstige ordentliche Aufwendungen. Konkret gehe es hier um die Städtepartnerschaften, das Stadtmarketing, etc. Die Übernahme dieser Position in den endgültigen Ergebnisplan soll ebenfalls zunächst zurückgestellt werden. Hier bestehe noch Beratungsbedarf.

Frau Dr. Kordfelder bittet zu berücksichtigen, dass die Ziffer 13 nicht nur das Stadtmarketing betreffe, sondern auch den gesamten Bereich der Repräsentation.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass es sich bei den Ausflügen der Ausschüsse unter Produktgruppe 01, Ziffer 13, nicht um Vergnügungsausflüge handele, sondern um Ausflüge mit thematischen Bezügen.

Herr Reiske erklärt, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde. Im Haupt- und Finanzausschuss sei vor einigen Monaten eine Vorlage der Verwaltung beraten worden, in der es um die Zusammenlegung und Reduzierung von Ausschüssen ging. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte sich dazu einen anderen Beschluss gewünscht und werde daher dem Beschlussvorschlag hier nicht zustimmen.

Herr Roscher entgegnet, dass er den Vorschlag über die Einsparung der 4.000,00 € für die Ausflüge der Ausschüsse nicht nachvollziehen könne. Die Ausflüge und Ortstermine, die es gegeben habe, seien alle gut begründet gewesen.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass sich die Ratsmitglieder nicht ihre komplette Handlungsfähigkeit und Handlungsunterstützung nehmen lassen sollten.

Herr Bonk weist darauf hin, dass diese Haushaltsposition auch im vorigen Jahr gestrichen worden sei und dennoch Fahrten und Ausflüge durchgeführt worden seien.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag auf Streichung der 4.000,00 € in der Produktgruppe 01, Ziffer 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für Ausflüge der Ausschüsse, abstimmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	10	Ja-Stimmen
	7	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	17	Ja-Stimmen
	1	Nein-Stimme

**20. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss  
Vorlage: 050/12**

I 2:29:40

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss kommt nach Prüfung der dieser Vorlage als Anlagen beigefügten Anregungen bzw. Beschwerden im Sinne des § 24 Gemeindeordnung NW zu folgendem Ergebnis:

I. Zu Anlage 1:

Verweisung des Stadtteilbeiratsantrags zur Beratung und Entscheidung an den Arbeitskreis Verkehr, der als Fachgremium für sämtliche Aufgaben, die die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs im Gebiet der Stadt Rheine betreffen, zuständig ist.

II. Zu Anlage 2

Eine weitergehende detaillierte Prüfung bzw. Bearbeitung der Anregung ist nicht erforderlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21. Anfragen und Anregungen**

**21.1. Wiederbesetzung der Stelle im Stadtarchiv, Antrag der SPD Fraktion**

I 2:30:10

Herr Roscher stellt folgenden Antrag:

31.1.2012  
Rheine, den 03.2.2011

**Antrag**

Die SPD-Fraktion fordert die Verwaltung auf, die im Stellenplan 2012 berücksichtigte Stelle 1262 einer Verwaltungs- oder Fachangestellten für das Stadtarchiv schnellstmöglich zu besetzen.

**Begründung**

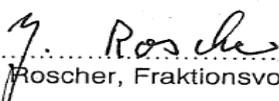
Das Stadtarchiv verfügt lediglich über 2 Personalstellen. Zum einen die des Archivleiters, dessen Aufgaben ihren Schwerpunkt in der wissenschaftlichen Arbeit haben, zum anderen die der Archivverwaltungskraft, deren Aufgaben vor allem in der Kundenbetreuung während der Öffnungszeiten und in der Verwaltung der anfallenden Arbeiten liegen.

Da seit dem 21. November 2011 aufgrund der Pensionierung der Verwaltungskraft die bisherigen 20 Stunden Öffnungszeit auf 8 Stunden reduziert und nun ausschließlich vom Stadtarchivar abzudecken sind, kommt es zu einer mehr als unbefriedigenden Situation, die in der örtlichen Presse wie folgt umschrieben wird: „Es die Aufgabe eines Stadtarchivars, Stadtgeschichte wissenschaftlich zu dokumentieren und fortzuschreiben. Stattdessen muss er Telefondienst machen, Rechnungen stellen, Fotokopien anfertigen und Besucher betreuen.“ Und auch die Nutzer sind unzufrieden, da statt der bisherigen drei nur noch ein Öffnungstag für Recherchen zur Verfügung steht. Ein Nutzer: "Die Streichung der Stelle ist die größte Dummheit, die man machen kann."

Die SPD-Fraktion sieht durchaus die Notwendigkeit aufgrund der städtischen Haushaltslage nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, die auch Standardsenkungen mit sich bringen können.

Das darf aber nicht dazu führen, eine Kultureinrichtung wie das Stadtarchiv Rheine, das nicht nur kommunal, sondern auch regional Anerkennung erfährt (Zeitschrift Rheine – Gestern heute morgen / archivpädagogischer Film mit dem LWL / Chronik des Klosters Bentlage / Tag der Archive) wissenschaftlich wie auch nutzerbezogen gleichsam „lahm zu legen“.

Da die Verwaltungsstelle im Stellen- und Personalkostenkonsolidierungskonzept in die Prioritätenkategorie I eingestuft ist, wonach es sich um eine „Pflichtaufgabe ohne Gestaltungsmöglichkeit“ handelt, ist eine Besetzung auch aus rechtlichen Gründen zwingend notwendig. Die Stelle ist zudem im Stellenplan 2012 aufgeführt und auch nicht mit einem kw-Vermerk versehen. Insofern gibt es sowohl aus inhaltlichen wie auch formalen Gründen keinen Anlass, die Stelle nicht umgehend wieder zu besetzen.

  
.....  
Jürgen Roscher, Fraktionsvorsitzender

Frau Dr. Kordfelder entgegnet, dass ein solcher Antrag nicht nötig gewesen wäre. Die Stelle werde verwaltungsintern nachbesetzt.

## 21.2. Umgestaltung Marktplatz - Aufnahme in den Haushaltsplan, Antrag der SPD-Fraktion

I 2:31:00

Herr Roscher stellt folgenden Antrag:

31.1.2012  
Rheine, den ~~03.2.2011~~

### **Antrag:**

Die SPD-Fraktion Rheine beantragt, dass die im Haushaltsplan aufgeführte Kostenstelle für das Paseo am Humboldtplatz herausgenommen wird. Alternativ dazu soll die Umgestaltung des Marktplatzes wieder in den Haushaltsplan mit aufgenommen werden.

### **Begründung:**

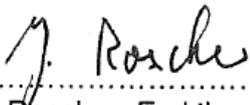
Bei ihren Haushaltsplanberatungen hat die SPD-Ratsfraktion festgestellt, dass die Umgestaltung und Sanierung des Marktplatzes nicht mehr im Entwurf des Haushaltsplanes aufgeführt ist. Aufgenommen jedoch ist das Paseo am Humboldtplatz.

Die SPD-Fraktion ist jedoch der Auffassung, dass die Umgestaltung und Sanierung des Marktplatzes eine höhere Priorität hat und in den kommenden Jahren umgesetzt werden muss.

Gerade Menschen mit Behinderungen und gesundheitlichen Einschränkungen beklagen immer wieder den gegenwärtigen Zustand des Marktplatzes. Auch wurde vor einigen Jahren eine Bürgerbeteiligung durchgeführt, in der es interessante Anregungen aus der Bürgerschaft gab.

Die SPD-Fraktion beantragt daher, die Umgestaltung des Marktplatzes wieder in den Haushaltsplanentwurf aufzunehmen.

Das geplante Paseo wird von der SPD-Fraktion grundsätzlich begrüßt, jedoch genießt es nicht den Stellenwert einer zeitnahen Umsetzung.

  
.....  
Jürgen Roscher, Fraktionsvorsitzender

Ende des öffentlichen Teils:

19:35 Uhr

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Julia Kersting  
Schriftführerin